



RIGG-Infos

Von den Runden Tischen
für die Runden Tische

Ausgabe 7 Februar 2014

Inhalt:

Vorwort	1
Informationen aus den Regionalen Runden Tischen	2
Sonstige Informationen	4
Veranstaltungshinweise	4
Anlagen	6

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

auch in 2014 wird es wieder sechs Ausgaben der RIGG-Infos geben, um einen Beitrag zum guten Informationsfluss innerhalb des rheinland-pfälzischen Interventionsprojekts und insbesondere zwischen den Runden Tischen zu leisten.

In dieser Ausgabe finden Sie neben Informationen von Runden Tischen über kommende Sitzungen bzw. Nachberichte von Veranstaltungen auch mehrere Beiträge, die sich dem Thema „Spurensicherung nach Sexualstraftaten“ widmen:

TERRE DES FEMMES hat eine bundesweite Übersicht zusammengestellt, in Frankfurt findet im April eine Veranstaltung zur Vorstellung des Modells „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“ statt und auch in Rheinland-Pfalz gibt es im Zuständigkeitsbereich des Re-

gionalen Runden Tisches Eifel seit Anfang diesen Jahres ein Pilotprojekt zu einem regionalen Angebot vertraulicher Spurensicherung nach Vergewaltigung im Verbundkrankenhaus in Wittlich. Das Projekt erfolgt in enger Kooperation mit der Forensischen Ambulanz des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität in Mainz.

Auch eine Fachgruppe des RIGG befasst sich mit einer landesweiten Standardisierung und Vernetzung der medizinischen Akutversorgung, einer flächendeckenden vertraulichen Spurensicherung und einer psychosozialen Versorgung durch Frauennotrufe nach Vergewaltigung.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Beate Stoff

Herausgegeben und visdp von

Büro Plan B
Dipl.-Päd. Beate Stoff
Am Obstgarten 43
54317 Osburg

Fon 06500-913104
Fax 06500-913106
Buero-PlanB@gmx.net

RIGG - das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen - wurde im Oktober 2000 aufgrund eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom August 1999 eingerichtet und engagiert sich seitdem bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Die Umsetzung des RIGG gliedert sich in zwei Phasen: die Modellphase vom Juni 2000 bis Oktober 2003 und die jetzige Umsetzungsphase, in der seit November 2003 die Ergebnisse der Modellphase umgesetzt und das Hilfesystem für betroffene Frauen und ihre Kinder ständig weiterentwickelt werden.

Die Koordination erfolgt durch das Referat "Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen" beim Ministerium für Integration, Familien, Kinder, Jugend und Frauen.

Zum RIGG gehören der Landesweite Runde Tisch (LRT), mehrere thematische Fachgruppen (überregional und interdisziplinär besetzt) sowie derzeit 22 Regionale Runde Tische (RRT). Ein Schaubild zur Struktur von RIGG können Sie auf der [RIGG-Homepage](#) einsehen.

Informationen aus den Regionalen Runden Tischen

RRT Alzey-Worms

Der Runde Tisch im Landkreis Alzey-Worms plant wieder eine öffentliche Aktion: Am Freitag, 16. Mai 2014, werden im Rheinhessen Center (Einkaufszentrum) von 10.00 bis 13.00 Infos zum Thema „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ und das Hilfeangebot im Landkreis präsentiert. Mehr zur Aktion im nächsten Infobrief.

RRT Bad Kreuznach

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 12. März 2014 um 15.30 Uhr in der Kreisverwaltung Bad Kreuznach statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen in 2013 sowie die Vorbereitung einer Fachveranstaltung zum Thema „Traumata und GesB“.

RRT Birkenfeld

Am 12. März um 10 Uhr trifft sich der Runde Tisch in der Stadtverwaltung Idar-Oberstein zu seiner nächsten Sitzung. Er wird sich u.a. mit der Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen in 2013 und mit dem Thema „Kinder und Jugendliche als Mitbetroffene bei GesB“ befassen.

RRT Eifel

Der Runde Tisch hat sich in seiner Sitzung am 11. Februar 2014 mit VertreterInnen des Migrationsdienstes getroffen, um Ansatzmöglichkeiten zur Verbesserung der Zugänge für MigrantInnen ins Hilfesystem zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Fachstellen im Interventionsverbund ist.

Projekt „Vertrauliche Spurensicherung“

Bereits im Herbst 2010 hat sich der Runde Tisch Eifel erstmals mit dem Ansatz „Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftaten“ befasst und auch in den Folgejahren wurde die Notwendigkeit eines solchen Ansatzes immer wieder diskutiert. Umso erfreulicher ist, dass es nun seit Jahresbeginn am Verbundkrankenhaus Wittlich das Projekt „Vertrauliche Spurensicherung nach Sexualstraftaten“

gibt. Es ist in enger Kooperation zwischen der Forensischen Ambulanz Mainz, dem Verbundkrankenhaus Wittlich, Polizei, Weissem Ring und der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Bernkastel-Wittlich als Vertreterin des Runden Tisches Eifel realisiert worden. Der Flyer ist als Anlage beigefügt.

RRT Kaiserslautern

Die erste Sitzung des Jahres findet am 11. März 2014 um 10.00 Uhr bei der Diakonie statt.

RRT Mainz und Mainz-Bingen/ AK "Gewalt gegen Frauen und Kinder"

Im Jahr 2013 hat der AK Gewalt gegen Frauen und Kinder/ RRT Mainz und Mainz-Bingen ein neues Profil erarbeitet, mit dem er noch ergebnisorientierter und nachhaltiger arbeiten kann.

Nun liegt das Profil des AK Gewalt/RRT Mainz und Mainz-Bingen als Faltblatt auch im PDF-Format vor. Es kann hier heruntergeladen werden: http://mainz.de/C1256D6E003D3E93/files/Profil_AK_Gewalt_RRT_Mainz.pdf/%24FILE/Profil_AK_Gewalt_RRT_Mainz.pdf

RRT Rhein-Westerwald

Die nächste Sitzung des Runden Tisches findet am 2. April 2014 in der VGV Hachenburg statt.

11 Jahre Gewaltschutzgesetz – Bestandsaufnahme, Perspektiven und Handlungsbedarf

Runder Tisch Rhein-Westerwald mit Fachtagung zu Gast in der Polizeiinspektion Neuwied

Als vor gut 11 Jahren das Gewaltschutzgesetz in Kraft trat, war anfänglich durchaus Skepsis auf Seiten der Polizei und Justiz zu verspüren. Mit nur vier Paragraphen sollte mit dem Bundesgesetz ein Paradigmenwechsel bei häuslicher Gewalt eingeleitet werden, der sich mit dem Satz „Wer schlägt, muss gehen“ zusammenfassen lässt. So beschrieben Bernd Hübinger, Direktor des Amtsgerichtes Neuwied und Karlheinz Maron, Direktor der Polizeidirektion Neuwied in ihren Grußworten den Beginn einer Zeitenwende.

Der Runde Tisch gegen Gewalt Rhein-Westerwald hatte zur Fachtagung „11 Jahre Gewaltschutzgesetz“ geladen und traf sich in der Polizeidienststelle Neuwied.

Einig waren sich die beiden Direktoren auch darin, dass sich trotz dieser anfänglichen Skepsis die gewünschte Änderung der Sichtweise in der Gesellschaft durchaus deutlich vollzogen hat. Mit dem Gesetz wurden zentrale rechtliche Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt im Allgemeinen und von Gewalt in so genannten engen sozialen Beziehungen im Besonderen geschaffen. Es ermöglicht den Schutz vor Verletzungen, ebenso wie vor entsprechenden Drohungen. Die Polizei erhielt die Handhabe, den Täter aus der gemeinsamen Wohnung zu verweisen. Das Opfer hat zudem die Möglichkeit, mit dem Gewaltschutzgesetz bei Gericht eine Wegweisung oder ein Näherungs- und Kontaktverbot zu erwirken, deren Missachtung eine Straftat darstellt. Für Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen wurden spezielle Beratungsstellen, die Interventionsstellen, geschaffen, auf die bereits von der Polizei während ihres Einsatzes hingewiesen wird. Mit dem so genannten „pro-aktiven Ansatz“ hat die Interventionsstelle dann die Möglichkeit, sich direkt mit dem Opfer in Verbindung zu setzen.

Die Hauptreferentin, Susanne Köhler, Fachanwältin für Familienrecht und Vorsitzende der Fachkommission „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ des Deutschen Juristinnenbundes, wies auf notwendige weitere Klärungen hin, die sich infolge einer bundesweiten Umfrage hinsichtlich der Umsetzung des Bundesgesetzes ergeben haben. So hätten zwar alle Bundesländer einen Aktionsplan, konkrete Verfahrensweisen seien jedoch sehr unterschiedlich.

Problematisch sei nach wie vor der eigenständige Schutz von Kindern, die in solchen Familien leben sowie die konkrete Praxis des begleiteten Umgangs des Kindes mit dem gewalttätigen Elternteil. In „Hochrisikofällen“ gäbe es bislang noch keine Handlungssicherheit. Auch die Definition des Gewaltbegriffs bedürfe einer genaueren Klärung, so decke mancher Aktionsplan nicht die Gewalt von Jugendlichen gegen ihre Eltern oder Großeltern ab.

Zum Schluss berichtete Claudia Pauly, Dienststellenleiterin der Caritas Geschäftsstelle Neuwied über die Arbeit der Interventionsstelle Neuwied/Betzdorf. In den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen ist der Caritasverband seit nunmehr fünf Jahren Träger der Interventionsstelle. Dort werden ganz überwiegend Frauen, die über die Polizei vermittelt werden oder aber in Einzelfällen sich selbst bei der Beratungsstelle melden, beraten.

RRT Trier

Die nächste Sitzung des Runden Tisches findet am 18. März 2014 um 9 Uhr in der Kreisverwaltung Trier-Saarburg statt. Auf der Tagesordnung stehen neben „Statistik GesB 2013“ die Vorstellung der Institutionen aus dem Hilfesystem, die sich bislang noch nicht präsentiert haben (z.B. Kinderschutzbund, katholische Frauenorganisationen).



Die Akteurinnen und Akteure der Fachtagung „11 Jahre Gewaltschutzgesetz - Bestandsaufnahme, Perspektiven und Handlungsbedarf“

Von links: Koordinator von Gewalt in engen sozialen Beziehungen bei der Polizeiinspektion Neuwied Gerhard Engel, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Neuwied Doris Eyl-Müller, Dienststellenleiterin der Caritasgeschäftsstelle Claudia Pauly, Gleichstellungsbeauftragte des Westerwaldkreises Beate Ullwer, Vorsitzende der Fachkommission „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ des Deutschen Juristinnenbundes Susanne Köhler, Direktor des Amtsgerichtes Neuwied Bernd Hübinger und Leiter der Polizeidirektion Neuwied Karlheinz Maron.

Sonstige Informationen

Koordinationsbüro „Contra häusliche Gewalt“

Die Homepage der Beratungsstellen Contra Häusliche Gewalt in Rheinland-Pfalz ist zum Jahresende 2013 überarbeitet worden. Unter www.contra-haeusliche-gewalt.de finden sich neben Informationen zum Selbstverständnis, zu den Angeboten und den Standorten der Beratungsstellen verschiedene Dokumente wie z.B. Jahresberichte oder Präsentationen von Fachveranstaltungen zum Download.

Publikationen

Kosten von GesB

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat Ende 2013 die Studie „Kosten von Gewalt in Partnerschaften“ herausgegeben. „Der Forschungsbericht des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.) schätzt die jährlichen Kosten von Gewalt in Partnerschaften für die Schweiz auf 164-287 Mio. Franken (tatsächliche Kosten und Produktivitätsverluste). Damit liegen die Folgekosten in Höhe der jährlichen Ausgaben einer mittelgroßen Schweizer Stadt. Der Verlust an Lebensqualität wird mit weiteren ca. 2 Mrd. Franken (intangibile Kosten) veranschlagt.“ (Quelle: Newsletter 2013/2014 von SIGNAL)

Die Studie ist in Lang- und Kurzfassung über folgenden link erhältlich:

<http://www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00196/index.html?lang=de>

Anonyme Spurensicherung in Deutschland

TERRE DES FEMMES hat eine Übersicht zum Thema „Anonyme Spurensicherung in Deutschland“ erstellt. Auf dieser Internetseite sind übersichtlich nach Bundesland geordnet alle Kliniken, Arztpraxen und Opferschutzambulanzen aufgelistet, die bis heute die Möglichkeit der Anonymen Spurensicherung anbieten. Die Lage sieht dabei je nach Bundesland sehr unterschiedlich aus. Die Anonyme Spurensicherung ist eine wichtige Einrichtung für Menschen, denen sexualisierte Gewalt widerfahren ist. Dort werden die

Spuren einer Vergewaltigung rechtssicher dokumentiert, ohne dass die Betroffenen Anzeige erstatten müssen oder die Polizei eingeschaltet wird. Sie haben dadurch die Möglichkeit, sich in Ruhe zu überlegen, ob und wann sie Anzeige erstatten möchten. Die Spuren werden anonym und je nach Klinik bis zu 20 Jahre für einen möglichen Gerichtsprozess aufbewahrt.

Die Übersicht ist über folgenden Link erreichbar:

<http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/haeusliche-und-sexualisierte-gewalt/unterstuetzung-fuer-betroffene/anonyme-spurensicherung>

Veranstaltungshinweise

Der Arbeitskreis gegen sexuellen Missbrauch organisiert am 19. März 2014 die Fachveranstaltung „Kindliche Sexualität – Doktorspiele oder sexuelle Übergriffe“ in Bad Kreuznach. Die Ausschreibung ist als Anlage beigefügt.

Vorankündigung

„Kinderschutz macht Schule“ ist das Thema der 6. Netzwerk-Konferenz, die am Mittwoch, 25. Juni 2014 ab 13 Uhr im Haus des Gastes in Bad Kreuznach stattfinden wird.

Bei dieser Konferenz geht es u.a. um die Klärung, wie die oft schwierigen Situationen, in die einzelne Kinder und Familien geraten, in Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Gesundheitswesen zu meistern sind. Es geht aber auch um vorbeugende Angebote, d.h. um solche Angebote, die helfen, schwierige Situationen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Anmeldungen sind ab sofort möglich, Institutionen und Arbeitskreise/ Gremien, die sich mit einem Infostand beteiligen möchten, werden gebeten, sich mit dem Netzwerkkoordinator in Verbindung zu setzen und einen Stand anzumelden.

Kontakt:

Rainer Schmitt

Netzwerkbüro | Frühe Hilfen | Kinderschutz

Wilhelmstraße 7-11, 55545 Bad Kreuznach

Tel. 0671 800-280

rainer.schmitt@bad-kreuznach.de

Überregionale Veranstaltungen

Am 2. April 2014 wird in Frankfurt am Main die Fachtagung „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung ohne polizeiliche Anzeige“ stattfinden.

Hintergrund:

Betroffene, die eine medizinische Versorgung und eine Befundsicherung ohne vorausgegangene Anzeige wünschen, sehen sich aktuell mit zahlreichen Hürden konfrontiert.

Immer wieder kommt es vor, dass sie keine ärztlichen AnsprechpartnerInnen oder eine Klinik finden und mit unzutreffenden Argumenten abgewiesen werden (bspw. eine Versorgung nach einer Vergewaltigung könne nur mit vorausgegangener polizeilicher Anzeige erfolgen).

Diese Versorgungslücke versucht ein Modell in Frankfurt am Main mit einem auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnittenen Vorgehen zu schließen. Seit Anfang 2013 bieten sieben Krankenhäuser eine „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“ an. Die Betroffenen können auswählen, an welchem Ort sie sich versorgen lassen möchten. Die Hürde der Inanspruchnahme soll damit gesenkt werden.

Auf der Tagung soll das Modell erläutert werden. Angesprochen sind Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen, aus Politik, Verwaltung, Gleichstellungsstellen, Beratungseinrichtungen etc.

Weitere Einzelheiten zur Tagung sind der in der Anlage beigefügten Ausschreibung zu entnehmen und auch im Internet zu finden: <http://www.frauennotruf-frankfurt.de/Tagung-am-02-04-14.139.0.html>.

Die Anmeldung zur Tagung ist über folgenden Link möglich:

<http://www.frauennotruf-frankfurt.de/Anmeldung-Tagung-Akutversorgun.134.0.html>

Den neuen Spot und weitere Informationen über das Projekt „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“ finden Sie unter www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de

Zum Schluss

Ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die Informationen zu dieser Ausgabe beigesteuert haben!

Die nächsten RIGG-Infos erscheinen Ende April. Redaktionsschluss ist am 17. April 2014, bis dahin bitte alle Beiträge, die veröffentlicht werden sollen, per eMail senden an Büro Plan B, Buero-PlanB@gmx.net.

Spurensicherung nach Sexualstraftat



Opfer einer Sexualstraftat befinden sich körperlich und psychisch in einer schwierigen Situation. Sie sollten sich auf jeden Fall medizinisch untersuchen lassen, auch wenn keine sichtbaren Verletzungen erkennbar sind. Bei einer Sexualstraftat stellt sich immer auch die Frage, ob Anzeige erstattet wird. Bei vielen Opfern ist dies zunächst mit Angst verbunden, oder sie sind aufgrund der traumatischen Erfahrung nicht in der Lage sofort eine Entscheidung zu treffen.

Wichtig ist, dass mögliche Tatspuren z.B. Sperma, Dokumentation von Verletzungen direkt nach der Tat gesichert werden. Wenn Sie sich zunächst noch nicht vorstellen können Anzeige zu erstatten, so können Sie im Krankenhaus in Wittlich eine vertrauliche Spurensicherung im Rahmen einer gynäkologisch-medizinischen Untersuchung vornehmen lassen, um alle Tatspuren gerichtsverwertbar zu sichern. Sie müssen nicht zuerst zur Polizei gehen, Sie können direkt ins Verbundkrankenhaus nach Wittlich kommen.

**Verbundkrankenhaus Bernkastel-Wittlich,
St. Elisabeth Krankenhaus Wittlich
Koblenzer Straße 91, 54516 Wittlich,
Tel. 06571-15-0**

Was die Spurensicherung für Sie tun kann

- Im Krankenhaus unterschreiben Sie eine Erklärung, dass Sie eine vertrauliche Spurensicherung wünschen.
- Der ärztliche Untersuchungsbericht mit Ihren Daten verbleibt im Krankenhaus. Die gesicherten Spuren (z.B. Kleidung, Spermaspuren) werden vertraulich im Institut für Rechtsmedizin in Mainz gelagert.
- Wenn Sie zu einem späteren Zeitpunkt eine Anzeige erstatten, weisen Sie darauf hin, dass die Tatspuren vertraulich gesichert wurden. Entbinden Sie Ihren Arzt/ Ihre Ärztin von der Schweigepflicht, damit auch der damalige Untersuchungsbericht verwendet werden darf. Die Polizei kümmert sich dann um die notwendigen Schritte.
- Erfolgt keine Anzeige, werden die Spuren nach fünf Jahren vernichtet.

Sie können sich innerhalb von fünf Jahren in Ruhe überlegen, wie Sie weiter vorgehen wollen und ob Sie Strafanzeige erstatten. Wenn Sie sich über dieses Verfahren informieren möchten, wenden Sie sich an den Runden Tisch Eifel, die Gleichstellungsbeauftragte, den Weißen Ring, Olga Milaeva im Krankenhaus Wittlich oder die Forensische Ambulanz des Rechtsmedizinischen Instituts.

Forensische Ambulanz des Instituts für Rechtsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Tel.: 06131/17-9550 oder 17-0
(24 Stunden-Bereitschaft)
www.rechtsmedizin.uni-mainz.de

Verbundkrankenhaus Bernkastel-Wittlich

Olga Milaeva (Frauenärztin)
Tel.: 06571/15-22534

Runder Tisch Eifel Gleichstellungsbeauftragte Gabriele Kretz

Tel.: 06571/14-2255
E-Mail: Gabriele.Kretz@Bernkastel-Wittlich.de

WEISSER RING e. V. Bernkastel-Wittlich Karl Kopf

Tel.: 0151/55164661
Opfertelefon: 116 006

Interventionsstelle Eifel-Mosel

Tel.: 06561/96710, 06592/95730
oder 06551/971090

Frauenhaus Trier

Tel.: 0651/1441914

Frauennotruf Trier Psychosoziale Beratung und Begleitung

Tel.: 0651/2006588
E-Mail: info@frauennotruf-trier.de

Programm

9:30 Ankunft und Anmeldung

Begrüßung

10:00 Einleitung

Politik

10:30 Stadtparlament

Ursula auf der Heide | Stadtverordnete und Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

10:40 Städtische Ämter

Gabriele Wenner | Referatsleitung Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main

Grundlagen

10:50 Projektkoordination

Angela Wagner | Beratungsstelle Frauennotruf

11:10 Befundhilfen, Spurensicherungskits, Fortbildungsangebote

PD Dr. H. Lilly Graß | Akademie für ÖGW; Ärztin für Rechtsmedizin, Köln/Düsseldorf

11:40 – 12:00 Kaffeepause

Ärztliche Versorgung ...

12:00 ... im Krankenhaus

Dr. Sonja Pilz | Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, Oberärztin am Klinikum Höchst

12:30 ... in der ambulanten Praxis

Dr. Corinna Vogt-Hell | Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe in eigener Praxis in Frankfurt am Main

12:45 ... von Männern

PD Dr. H. Lilly Graß

13:00 – 14:00 Mittagessen

Rechtsmedizinische Aspekte ...

14:00 ... der Gewaltopferversorgung:

PD Dr. H. Lilly Graß

14:30 ... und praxisorientierte Lösungen

Dr. Richard Zehner | Dipl.-Biol., Institut für Rechtsmedizin der J. W. Goethe-Universität

Rechtsfragen

14:45 ... im Kontext der medizinischen Versorgung

Marianne Grahl, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Frankfurt

15:15 – 15:40 Kaffeepause

Organisation

15:40 ... in der Krankenhausverwaltung

Timm Kemink | M.A., phil., Koordinator Tumorzentrum Frankfurt Höchst, Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Öffentlichkeitsarbeit

15:55 Botschafterin

Susanne Fröhlich | Buchautorin und Moderatorin

16:05 Kampagne

Uwe Marquardt | Executive Creative Director Young & Rubicam

Ausblick

16:20 Übernahme der Materialien vor Ort

Angela Wagner

Gegen 17:00 Ende der Tagung und Verabschiedung

Moderation

Dagmar Zeiß | Geschäftsführerin pro familia Bezirksverband Darmstadt-Bensheim e.V.

Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung ohne polizeiliche Anzeige



MEDIZINISCHE
SOFORTHILFE NACH
VERGEWALTIGUNG

Vorstellung des Modells in Frankfurt am Main



2. April 2014

10 – 17 Uhr

Haus am Dom

Frankfurt am Main

Das Modell

Die Wege für Frauen und Männer, die nach einer sexualisierten Gewalterfahrung bei der Polizei eine Anzeige erstatten, sind bundesweit in bewährter Weise etabliert. Bei einer zeitnahen Anzeigenerstattung können Betroffene im Auftrag der Polizei in einem Krankenhaus medizinisch versorgt werden, gerichtsmedizinisch verwertbare Befunde werden gesichert. Die Wege in nachgelagerte medizinische und psychosoziale Betreuungsangebote werden gebahnt.

Optimierte Versorgung durch Zusammenarbeit von politischen, medizinischen, juristischen, sozialen und medialen Akteur_innen

Für zahlreiche vergewaltigte Frauen und Mädchen – und auch Männer – kommt eine Anzeigenerstattung zunächst oder auch generell nicht in Betracht. Andere fühlen sich direkt nach der Tat noch nicht in der Lage, eine Entscheidung für oder gegen eine Anzeige zu treffen. Sie wenden sich nicht an die Polizei, aber sie wenden sich auch nur selten an ein Krankenhaus oder an eine Praxis, da sie befürchten, Dritte könnten eine Anzeige gegen ihren Willen erstatten. Sie bleiben medizinisch unversorgt. Daraus können erhebliche gesundheitliche Folgen und psychische Belastungen resultieren.

Selbst die Betroffenen, die eine medizinische Versorgung und eine Befundsicherung ohne vorausgegangene Anzeige wünschen, werden aktuell mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Immer wieder kommt es vor, dass Betroffene keine ärztlichen Ansprechpartner_innen oder eine Klinik finden und mit unzutreffenden Argumenten abgewiesen werden (bspw. eine Versorgung nach einer Vergewaltigung könne nur mit vorausgegangener polizeilicher Anzeige erfolgen). Eine standardisierte Versorgung gibt es bundesweit nur in wenigen Kommunen und Landkreisen.

Die in Frankfurt am Main gelungene Verbindung von Vernetzung, Qualifizierung und Medienarbeit kann auf andere Kommunen übertragen werden

Diese Versorgungslücke versucht ein Modell in Frankfurt am Main mit einem auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnittenen Vorgehen zu schließen. Seit Anfang 2013 bieten sieben Krankenhäuser eine „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“ an. Die Betroffenen können auswählen, an welchem Ort sie sich versorgen lassen möchten. Die Hürde der Inanspruchnahme soll damit gesenkt werden.

Das Gesamtprojekt beinhaltet neben der Zusammenarbeit von unterschiedlichsten Akteur_innen auch die thematische Fortbildung von Ärzten und Ärztinnen. Mittelfristig soll die Initiative dazu beitragen, dass Vergewaltigungsoffer rascher adäquate Unterstützung finden. Ferner wird davon ausgegangen, dass die Patient_innenversorgung verbessert wird und Ärztinnen und Ärzte mehr Handlungs- und Rechtssicherheit erhalten. Langfristig – so die These – kann die Anzeigebereitschaft steigen.

Damit Betroffene, und ihr Umfeld, von der neuen Versorgungsstruktur erfahren, muss diese bekannt gemacht werden. Eine Öffentlichkeitskampagne ist für das Gelingen unabdingbar.

Das Frankfurter Modell hat politische, medizinische, juristische, soziale und mediale Akteur_innen zusammengeführt und eine optimierte und standardisierte Versorgung für Betroffene geschaffen. Die Tagung stellt das Modell vor und bietet Gelegenheit zu Diskussion, Austausch und Vernetzung.

Die detaillierten Untersuchungsabläufe, Materialien und notwendigen Untersuchungen werden auf einer ärztlichen Fortbildung am 21. Mai 2014 (10–17 Uhr) dargestellt. Zu dieser Fortbildung können sich auch alle Interessierten anmelden, die diese Untersuchungen im Detail verstehen wollen, um ein ähnliches Untersuchungsangebot selbst zu gestalten und durchführen zu können.

Information

Anmeldeunterlagen finden Sie unter www.frauennotruf-frankfurt.de/tagung

Teilnahmegebühr 90,- €
Ermäßigt 35,- €
(Student_innen, Azubis, Erwerbslose)

Für Tagungsgetränke und Verpflegung ist gesorgt.

Anmeldeschluss 19.3.2014

Bitte überweisen Sie die Tagungsgebühr unter Angabe von „Tagung und des Namens des Teilnehmers/der Teilnehmerin“ im Verwendungszweck an:

Notruf und Beratung e.V.
60406 FFM

Postbank Frankfurt

IBAN:

DE09 5001 0060 0439 3556 02

BIC: PBNKDEFF

Sollten Sie von uns keine abweichende Nachricht erhalten, ist Ihre Anmeldung nach Eingang der Gebühr verbindlich.

Für den Fall der Überbuchung behalten wir uns Absagen vor.

Schriftliche Um- und Abmeldungen sind bis einschließlich 7. März mit einer Bearbeitungsgebühr von 15,- € möglich. Danach ist der volle Kostenbeitrag zu entrichten.

Veranstaltungsort

Haus am Dom | Domplatz 3
60311 Frankfurt am Main

www.hausamdom-tuitemburg.de

U-Bahn: „Römer“
S-Bahn: „Konstablerwache“
Straßenbahn: „Römer/Paulskirche“

Parkhaus: „Konstabler“,
Töngesgasse 8
(Parkleitsystem D)

Tagungsorganisation

Beratungsstelle




Frauennotruf Frankfurt

Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt am Main
www.frauennotruf-frankfurt.de

Eine Tagungsdokumentation ist nicht vorgesehen.

Die Initiative „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“ wird unterstützt durch:

die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt am Main | Amt für Gesundheit der Stadt Frankfurt am Main | Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main | Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main | Institut für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Frankfurt | Hessisches Ministerium für Soziales und Integration | Werbeagentur Young & Rubicam | Landesärztekammer Hessen | Rautefilm Produktion | Sebastian Cöber Stiftung | Ströer GmbH | Susanne Frölich | Bürgerhospital, Frauenklinik | Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe | Universitätsklinikum Frankfurt, Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe | Krankenhaus Nordwest, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe | St. Marienkrankenhaus, Frauenklinik | Markus Krankenhaus, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe | Krankenhaus Sachsenhausen, Gynäkologie und Geburtshilfe.

	Programm	Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sowie der Jugend- und Gesundheitshilfe sollen unterstützt werden bei Fragen rund um die psychosexuelle Entwicklung von Kindern, insbesondere beim Thema der Grenzverletzungen im sexuellen Bereich. In der täglichen Arbeit gibt es Situationen, wie z.B. Doktorspiele, die Unsicherheiten auslösen. Es geht um Themen wie: Verlauf der psychosexuellen Entwicklung Ist das Verhalten normal und altersgerecht? Wo beginnt sexuell übergriffiges Verhalten? Wie reagiere ich als Fachkraft darauf? Was ist in den Elterngesprächen zu beachten?	 Die Jugendämter des Kreises und der Stadt Bad Kreuznach und das Gesundheitsamt 
9.00 Uhr	Ankommen, Stehkafee		
9.20 Uhr	Begrüßung		
9.30 Uhr	Vortrag „Kindliche Sexualität zwischen altersangemessenen Aktivitäten und Übergriffen“ Dipl. Psych. Renate Semper Institut für Sexualpädagogik Dortmund	Mit einem Vortrag und vertiefenden Workshops soll die Tagung dazu beitragen, dass Fachkräfte <ul style="list-style-type: none"> • mehr Sicherheit in der Einschätzung von entsprechenden Situationen entwickeln • pädagogisch angemessen reagieren, • Kinder in ihrer normalen sexuellen Entwicklung positiv unterstützen, • bei Grenzüberschreitungen im Sinne des Kinderschutzes handeln. 	 <p style="text-align: center;">Der Arbeitskreis gegen sexuellen Missbrauch</p>
10.45 Uhr	... noch Fragen?		lädt ein zur
11.00 Uhr	Pause		Fachveranstaltung
11.15 Uhr	Workshops		Kindliche Sexualität - Doktorspiele oder sexuelle Übergriffe -
12.30 Uhr	Mittagspause	Bitte melden Sie sich mit beigefügtem Anmeldebogen bis zum 18.2.2014 an.	am
13.30 Uhr	Workshops	Vor Ort wird eine Teilnahmegebühr von 10 € erhoben (Imbiss und Getränke inkl.).	Mittwoch, den 19. 3. 2014 9.00 - 16.30 Uhr
14.45 Uhr	Pause	Die Zertifizierung bei der Bezirksärztekammer und der Landespsychotherapeutenkammer ist beantragt.	großer Sitzungssaal Kreisverwaltung Salinenstraße 47 55543 Bad Kreuznach
15.00 Uhr	Plenum		
16.30 Uhr	Ende der Veranstaltung	Die Veranstaltung wird durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert und finanziell unterstützt.	

Bitte melden Sie sich bis spätestens **Dienstag, den 18. Februar 2014**

per Post, E-Mail oder Fax verbindlich an, damit wir planen können.

Anschrift: Kreisjugendamt Ulrike Böhmer Salinenstraße 47 55543 Bad Kreuznach

E-Mail: ulrike.boehmer@kreis-badkreuznach.de Fax: 0671/803-1548

Die Teilnehmerzahl ist auf 60 Personen begrenzt. Wir werden bei der Vergabe der Plätze möglichst viele Institutionen bedenken.

Bitte tragen Sie sich unten für einen Workshop vormittags und einen Workshop nachmittags ein und geben Sie jeweils eine Alternative an. Danke!



Die Jugendämter
des Kreises und der Stadt Bad Kreuznach
und das Gesundheitsamt

Anmeldung

zur Fachveranstaltung
des

Arbeitskreises gegen sexuellen Missbrauch

am Mittwoch, dem 19. März 2014

9.00 – 16.30 Uhr

Kreisverwaltung Bad Kreuznach

Kindliche Sexualität - Doktorspiele oder sexuelle Übergriffe -

Name: _____ Vorname: _____

Institution/Praxis: _____

Adresse: _____

Telefon/-fax: _____ E-mail: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte ankreuzen:

Workshops:	Vormittags		Nachmittags	
	I. Wahl	2. Wahl	I. Wahl	2. Wahl
1: Sexualpädagogik – Thema bei uns im Kindergarten?				
2: Material zur Sexualpädagogik				
3: Umgang mit Kindern bei vermuteten Übergriffen				
4: Elterngespräche				
5: Sexualpädagogik in der Konzeption (für Leitungskräfte)				